

Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 23.03.2017

1. Gegenstand der Vorlage: Ordnungsbehördliche Bestattungen - Ausschreibungen zur Vergabe weiterhin durch das Landesverwaltungsamt

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf hat in seiner Sitzung am 21.02.17 beschlossen, die BA-Vorlage Nr. 0041/V der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Vorlage ist als Anlage beigefügt.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin und
Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung,
Gesundheit, Personal und Finanzen

Anlage

Vorlage für das Bezirksamt
- zur Beschlussfassung –
Nr. 0041/V

- A. Gegenstand der Vorlage: Ordnungsbehördliche Bestattungen - Ausschreibungen zur Vergabe weiterhin durch das Landesverwaltungsamt
- B. Berichtersteller/in: Bezirksbürgermeisterin Frau Pohle
- C.1 Beschlussentwurf: Das Bezirksamt beschließt, den Inhalt der Anlage in den Rat der Bürgermeister einzubringen.
- C.2 Weiterleitung an die BVV
zugleich Veröffentlichung: Das Bezirksamt beschließt weiterhin, diese Vorlage der BVV zur Kenntnisnahme vorzulegen und umgehend zu veröffentlichen.
- D. Begründung: siehe Begründung zum Entwurf der RdB-Vorlage
- E. Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 2 Nr. 1 GO BA; § 6 Abs. 1 GO RdB;
§§ 15, 36 Abs.2 b, f und Abs. 3 BezVG
- F. Haushaltsmäßige
Auswirkungen: keine
- G. Gleichstellungsrelevante
Auswirkungen: keine
- H. Behindertenrelevante
Auswirkungen: keine
- I. Migrantenrelevante
Auswirkungen: keine
- J. Kinder- und jugend-
relevante Auswirkungen: keine

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin und
Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung,
Gesundheit, Personal und Finanzen

Anlage

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
von Berlin
Die Bezirksbürgermeisterin

Berlin, den ..2017
Telefon: (9293 -) 2001

eMail:
buero.buergermeisterin@ba-mh.berlin.de

RdB-Vorlage-Nr.: Vorgang (RdB-VorlageNr)

- Vorlage zur Beschlussfassung -

Ich bitte, für die Sitzung des Rats der Bürgermeister

am **Dokument(RdB-Sitzungsdatum)**

folgende Angelegenheit für die Tagesordnung vorzusehen:

1. Beratungsgegenstand: Ordnungsbehördliche Bestattungen – Ausschreibungen zur Vergabe weiterhin durch das Landesverwaltungsamt
2. Berichterstatter: Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle

3. Beschlussentwurf:

Der Rat der Bürgermeister beschließt, den Senat aufzufordern, die Ausschreibung und Vergabe der Leistungen der ordnungsbehördlichen Bestattungen für alle Bezirke im Land Berlin weiterhin und dauerhaft über das Landesverwaltungsamt durchführen zu lassen.

4. Begründung:

Die Vergabe der ordnungsbehördlichen Bestattungen erfolgte bis einschließlich 2007 durch die 12 Bezirksämter in Zusammenarbeit mit der Polizei. Diese Vergabepaxis wurde vom Landesrechnungshof im Jahr 2009 beanstandet.

In einem langwierigen Verfahren wurden die verschiedenen Verträge und Laufzeiten der Bezirke aufeinander abgestimmt und eine berlinweite Ausschreibung entwickelt. Dies erfolgte unter Federführung des Landesverwaltungsamtes mit Unterstützung der Polizei und des Landesrechnungshofes.

Aus Sicht der Bezirke war die gemeinsame Ausschreibung ein Erfolg für gelungene Verwaltungseffizienz und Zusammenarbeit.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
von Berlin
Die Bezirksbürgermeisterin

Berlin, den . .2017
Telefon: (9293 -) 2001

eMail:
buero.buergermeisterin@ba-mh.berlin.de

Im April 2014 wurden die Gesundheitsämter darüber informiert, dass aufgrund der Neuorientierung des Landesverwaltungsamtes zukünftig diese Ausschreibungen nicht mehr durchgeführt werden sollen.

Dennoch hat das Landesverwaltungsamt 2014 –letztmalig- eine Ausschreibung durchgeführt und einen Vertrag für 2015 ausgehandelt, der für 2016 und letztmalig für 2017 entsprechend der Vertragsklausel und vergaberechtlicher Vorschriften verlängert wurde.

Für das Jahr 2018 und die folgenden Jahre ist zwingend eine erneute Ausschreibung erforderlich. Die umfangreichen Bemühungen, die entsprechenden Kapazitäten für diese fachlich anspruchsvolle Aufgabe in einem Bezirk oder einer Landesbehörde zu finden hatten keinen Erfolg, das Ausschreibungsverfahren muss aber wegen der zu beachtenden Fristen jetzt sehr zeitnah begonnen werden.

Die Gesundheitsämter setzen sich dafür ein, dass die einheitliche Vergabe über das Landesverwaltungsamt beibehalten wird. Dies u.a. auch deshalb, da die Polizei als Landesbehörde von diesen Vorgängen betroffen ist.

Die Vergabe wird im Landesverwaltungsamt fachlich qualifiziert mit langjähriger Erfahrung und den vorhandenen Ressourcen gut erfüllt. Die Bündelung der Ressourcen ist eine optimale und bewährte Lösung.

.....
Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle